

INFOBRIEF TÜRKEI

INFORMATIONSBRIEF FÜR POLITIK UND GESELLSCHAFT



10 15
NUMMER JAHR

Bildübersetzung auf Seite 3

NACH DEM SIEG DER HDP UND DER NIEDERLAGE DER AKP: ENDE EINER ÄRA?

PARLAMENTSWAHLEN IN DER TÜRKEI – EINE WAHLNACHTANALYSE
ERDOĞAN VERLIERT, HDP GEWINNT
VON MURAT ÇAKIR

Die Parlamentswahlen stellen in der dreizehnjährigen AKP-Ära eine eindeutige Zäsur dar. Der Erfolg der HDP macht Hoffnung auf eine demokratische Wende. In der Türkei wird nichts mehr so sein, wie es bisher war.

Weiter auf Seite 4

13 PROZENT FÜR DIE FRAUEN IN DER TÜRKEI. FEMINISTISCHE ÜBERLEGUNGEN ZU DEN PARLAMENTSWAHLEN AM 7. JUNI
VON CORINNA ELEONORE TROGISCH

Der bahnbrechende Wahlerfolg der HDP ist eine gute Nachricht für alle DemokratInnen, Linken und Mehrfachdiskriminierten in der Türkei. Insbesondere alle Frauen hätten mit dieser Wahl gewonnen, meinte der Co-Vorsitzende und HDP-Spitzenkandidat Selahattin Demirtas. Doch inwiefern ist der Erfolg der HDP ein Gewinn für sie, wohlmöglich auch für die AKP-Anhängerinnen, gerade im Kontext alltäglicher Erfahrungen vieler mit sexualisierter bzw. männlicher Gewalt? Wie ist es um die Partizipation der Geschlechter im türkischen Parlament bestellt? Welche Chancen eröffnen sich nun für feministische Kämpfe vor dem Hintergrund der erfolgreichen kurdischen Frauenbewegung, welche die politische Landschaft in den vergangenen Jahren ordentlich aufgemischt hat? Aus feministischer Sicht gibt es aber auch Widersprüchliches und Problematisches in der Entwicklung der HDP als breites links ausgerichtetes gesellschaftliches Bündnis.

Weiter auf Seite 8

WORAUF DEUTET DIE REBELLION DER METALLARBEITER IN DER TÜRKEI?
VON HAKAN KOÇAK

Schwache Gewerkschaften und disziplinierte ArbeiterInnen dominieren das Bild von der Arbeiterbewegung in der Türkei. Umso mehr überraschten die Streiks, die im Mai mit einem hohen Maß an Spontanität und an Orten ausbrachen, die zwar industrielle Zentren, nicht aber Orte primär linker gewerkschaftlicher Mobilisierung sind. Die wilden Streiks sind jedoch nicht die einzigen, die sich in den vergangenen Jahren in der Türkei ereignet haben. Es gilt, sich die Besonderheiten der Streikzyklen der letzten Jahre im Kontext globaler Streikwellen in der Automobilindustrie und betrieblicher Organisationsfragen in der Türkei anzuschauen.

Weiter auf Seite 13

DIE TÜRKEI NACH DEN WAHLEN – POLITISCHER AUTORITARISMUS UND KAPITALISTISCHE DYNAMIKEN
VON ERROL BABACAN

Das Scheitern des Präsidialsystems bedeutet noch keine demokratische Wende. Der Autoritarismus ist in den kapitalistischen Dynamiken verwurzelt. Die etablierten Parteien versprechen Kontinuität. Ob der Erfolg der HDP einen Schritt zur Unterbrechung darstellen kann, steht zu befragen.

Weiter auf Seite 17

IMPRESSUM

INFOBRIEF TÜRKEI Erscheint unregelmäßig

REDAKTION

Errol Babacan (Frankfurt/M.), Murat Çakir (Kassel), Özgür Genç (Kassel), Axel Gehring (Marburg), İsmail D. Karatepe (Kassel), Anne Steckner (Berlin) und Fitnat Tezerdi (Marburg)

<http://infobrief-tuerkei.blogspot.com>

E-Mail: infobrieftuerkei@gmail.com

V.I.S.D.P.:

M. Çakır, Niddastr. 64, 60329 Frankfurt am Main

Gefördert von:

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG HESSEN

EDITORIAL

Mit dem 7. Juni 2015 endete nach 13 Jahren vorerst die Alleinregierung der AKP. Dabei hatte sie noch im Wahlkampf auf Sieg gesetzt und offen für den Übergang zum Präsidialsystem geworben. Mit 40,87 Prozent der abgegebenen Stimmen verlor sie gegenüber den Wahlen von 2011 fast neun Prozent. Zweitstärkste Kraft wurde die kemalistische CHP, die gleichwohl in den letzten Jahren deutlich konservativere Töne angeschlagen und sich entschieden gegen das Präsidialsystem positioniert hatte. Sie verlor erstmals seit Antritt der AKP 1,03 Prozent und kam auf 24,95 Prozent. Die Nationale Bewegungspartei MHP, die türkistische und islamistische Ideologie programmatisch miteinander verknüpft, konnte ihr Ergebnis um 3,28 Prozent auf 16,29 Prozent steigern. Größte außerparlamentarische Kraft – sie scheiterte an der 10%-Hürde – wurde die der Milli Görüş Bewegung nahestehende islamistische Saadet Partisi mit 2,06 Prozent. Die höchste Aufmerksamkeit erfuhr hierzulande der große Wahlerfolg der HDP, eine aus der kurdischen Bewegung stammende und maßgeblich von ihr unterstützte Sammlungspartei, in der sich linke, sozialistische und liberale, aber auch einige konservative Kräfte organisieren. Sie erreichte 13,12 Prozent und damit 7,45 Prozent mehr als ihre weniger breit aufgestellte Vorgängerpartei. Erstmals konnte eine von der kurdischen Bewegung unterstützte Partei die 10%-Hürde überwinden. Es liegt maßgeblich am Erfolg der HDP, dass die AKP die absolute Mehrheit im Parlament verfehlte. Auch vor dem Hintergrund der Belagerung der syrisch-kurdischen Stadt Kobane durch den IS bescherte die Unterstützung militant islamistischer Kräfte durch die AKP der HDP neue Stimmen gerade auch aus konservativen kurdischen Milieus. Die hieraus resultierenden politischen Konsequenzen diskutiert Murat Çakır.

Ist dies der Anfang vom Ende der AKP? 13 Jahre AKP-Regierung haben die Türkei verändert. Trotz aller Widerstände haben islamistische Kultur- und Identitätspolitik tiefe Spuren hinter lassen, den politischen und diskursiven Raum neu strukturiert. Die tiefe Transformation der CHP, die bei den Präsidentschaftswahlen gar zusammen mit der MHP einen islamistischen Kandidaten aufgestellt hatte,

legt Zeugnis davon ab. Dieser neue Kurs der größten Oppositionspartei hat ihr auch Zustimmung gekostet: Für zahlreiche Säkulare, aber auch für Frauen in westtürkischen Städten ist nun die HDP eine wählbare Alternative geworden. So hat die CHP nicht nur trotz (oder gerade wegen?) der Unterstützung durch Medien, die der Gülen-Bewegung nahe stehen, Stimmen verloren. Vor diesem Hintergrund weist Corinna Trogisch auf den Erfolg hin, den der Sieg der HDP aus feministischer Perspektive darstellt. Zugleich benennt sie auch einige Schwierigkeiten der HDP, bspw. in konservativen Gegenden Frauen als Kandidatinnen – auch gegen den Willen der Basis – durchzusetzen. Ebenso problematisiert sie die widersprüchlichen politischen Zugeständnisse, welche die HDP im Kampf um konservative Stimmen macht.

Die spontanen Streiks im Metallsektor, in der Automobilindustrie und anderen Betrieben des produzierenden Gewerbes waren Streiks konservativ geprägter Arbeiter, die bis dahin kaum Kontakte zu linken Gewerkschaften hatten, wie Hakan Koçak in seiner Analyse der Streikzyklen darstellt. Allerdings wurden sie von den um (konservative) Stimmen kämpfenden Parteien eher als Randnotiz zur Kenntnis genommen, obgleich die Arbeitskämpfe gerade in den Wochen vor den Parlamentswahlen an Fahrt gewannen und konfliktiver wurden. Angesichts dieser Zuspitzungen blamierte sich einmal mehr die Selbstdarstellung der AKP als "Vertreterin des Volkes". Aber es zeigte sich ebenso die relative Schwäche antikapitalistischer Perspektiven im parlamentarischen Raum.

Es wäre also zu kurz gegriffen, wollte man die gegenwärtige Konstellation in der Türkei auf die Niederlage einer autoritären islamistischen Regierungspartei und den Sieg einer säkularen pluralistischen Alternative reduzieren. Eine solche Perspektive lässt die Frage nach den Möglichkeiten für säkulare und antikapitalistische – kurz: die einer grundlegend anderen Politik unterbelichtet. So wirken in der HDP neben linken auch liberale und konservative Kräfte, für die der taktische Ausgleich mit der AKP bspw. in kurdisch-identitären Belan-

gen Priorität hat, wie Errol Babacan darstellt. Eben diesen Ausgleich unterschiedlicher Interessen hat die AKP jedoch in den vergangenen Monaten immer mehr verweigert – wie die Erfahrung mit Kobane exemplarisch zeigt.

Letzteres könnte sich für die Regierungsbildung noch als bedeutsam erweisen. Bereits einen Tag nach den Wahlen wurden Spekulationen über Neuwahlen laut, denn eine Einparteienregierung ist mit dem Wahlergebnis ausgeschlossen – ganz zu schweigen von einer Transformation hin zu einem Präsidialsystem, die eine verfassungsändernde Mehrheit benötigt. Für nicht wenige schienen die Gräben zwischen der AKP und den Oppositionsparteien unüberbrückbar, denn – außer der AKP – waren alle maßgeblichen Parteien gegen ein Präsidialsystem und forderten stärkere Gewaltenteilung. So wurde auch über sehr abseitige Koalitionsmodelle – wie eine Koalition aus CHP, MHP und HDP – spekuliert. Ungeachtet aller taktischen Spielchen, die nach Wahlen üblich sind, zeichnet sich in den letzten Wochen immer deutlicher eine Annäherung zwischen AKP und MHP ab. Beide Parteien verfolgen ähnliche gesellschaftspolitische Visionen: Der Rückgriff der AKP auf das osmanische Erbe findet sich ebenso in der Ideologie der MHP wie ein ausgeprägter türkischer Nationalismus innerhalb der AKP gepflegt wird. Ökonomisch gibt es sowieso keine grundsätzlichen Unterschiede.

Der Verhandlungsprozess der Regierung mit der PKK ist weitgehend zum Erliegen gekommen. Die von der MHP geforderte Beendigung der Verhandlungen käme eher der Formalisierung des Ist-Zustandes gleich denn einem unüberwindlichen Hindernis für die Bildung von Koalitionen. Bleibt das von der AKP offiziell geforderte Präsidialsystem. Eben dieses ist intern hoch umstritten, droht es doch mittelfristig die bisherige Fähigkeit der AKP, verschiedene Strömungen unter ihrer Führung zu vereinen, weiter zu erodieren. Die Niederlage für Erdoğan, der die Parlamentswahlen zur Abstimmung über das Präsidialsystem gemacht hatte, könnte sich so mittelfristig auch als ein Sieg der AKP erweisen. Schließlich eröffnet sie neue Mög-

lichkeiten ihrer eigenen Restrukturierung: AKP-intern umstrittene Projekte, wie das Präsidialsystem, könnten – verpackt als Zugeständnis an die Koalitionspartnerin – leichter ad acta gelegt werden. Das würde auch für den Fall einer AKP-CHP-Koalition gelten.

Die größten Schwierigkeiten einer neuen Regierung liegen aufgrund sich fortschreitend verengender Handlungsspielräume eher in der Bearbeitung der kriselnden türkischen Ökonomie – eine Herausforderung, an der auch die HDP programmatisch nicht vorbei kommen wird, will sie eine echte politische Alternative zum Status Quo bieten.

Eine interessierte Lektüre wünscht im Namen der Redaktion

Axel Gehring

* * *

Übersetzung des Titelbilds: Aus einer Aktion der Volkshäuser (Halkevleri)

„Treibt zurück die.. Naturzerstörer, die Frauenfeinde, die Kindergefängnisse, die Kunstverächter, die Privatisierung von Gesundheit und Bildung, den Plünderer und Rentier, den Dieb, den Diktator, den Zensor, die Arbeiterfeinde, die Tierfeinde, die Prohibitionisten, die Feinde der LGBTIs, die Reaktionäre...“

PARLAMENTSWAHLEN IN DER TÜRKEI – EINE WAHLNACHTANALYSE: ERDOĞAN VERLIERT, HDP GEWINNT

VON MURAT ÇAKIR

Die Türkei hat gewählt. Diese Parlamentswahlen stellen in der dreizehnjährigen AKP-Ära eine eindeutige Zäsur dar. Jetzt steht fest: In der Türkei wird nichts mehr so sein, wie es bisher war. Das zeigte sich schon im Wahlkampf. Die Entscheidung des Linksbündnisses HDP (Demokratische Partei der Völker), anstatt mit unabhängigen KandidatInnen erstmals als Partei an diesen Wahlen teilzunehmen, und das Bestreben des Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan, diese Wahlen quasi in ein Referendum für sein autoritäres Präsidialsystem umzuwandeln, hat den Urnengang zu einer Schicksalswahl gemacht.

Als die ersten Hochrechnungen veröffentlicht wurden, war in den sozialen Medien ein großes Auf-

atmen zu spüren. Es wurde deutlich: Durch die Überwindung der undemokratischen Zehn-Prozent-Hürde durch die HDP war das von Erdoğan favorisierte Präsidialsystem endgültig passé. Die AKP hat ihre absolute Mehrheit verloren und ist auf einen Koalitionspartner angewiesen. Die AKP verliert gegenüber der Parlamentswahl von 2011 über neun Prozentpunkte an Zustimmung. Die HDP zieht mit knapp 13% und 80 Abgeordneten in das Parlament ein. Die größte Oppositionspartei, die kemalistische CHP (Republikanische Volkspartei) kommt auf 25,1%. Die neofaschistische MHP (Partei der nationalistischen Bewegung) gewinnt rund 3 Prozentpunkte und zieht mit 81 Abgeordneten in das Parlament ein.

DAS VORLÄUFIGE ENDERGEBNIS (8. JUNI 2015):

Parteien	7. Juni 2015		12. Juni 2011		22. Juli 2007		3. November 2002	
	i. v. H.	Sitze	i. v. H.	Sitze	i. v. H.	Sitze	i. v. H.	Sitze
AKP	40,93%	258	49,8 %	327	46,7 %	341	34,3 %	365
CHP	25,08%	132	26,0 %	135	20,9 %	112	19,4 %	177
MHP	16,38%	80	13,0 %	53	14,3 %	71	8,4 %	-
HDP	13,10%	80	-	-	-	-	-	-
Unabhängige	0,79%	-	6,6 %	35	5,2 %	26	1,0 %	8

ERSTE BEWERTUNG

Von den insgesamt 55.649.551 Wähler_innen gingen 45.885.623 (82,45%) zur Wahl. Über 1,5 Millionen Stimmen wurden als ungültig bewertet; das gilt, wie zahlreiche Berichte bestätigen, insbesondere in den kurdischen Gebieten und in mittelanatolischen Wahlbezirken. Im Zusammenhang mit den außerordentlich vielen Wahlfälschungsversuchen kann durchaus behauptet werden, dass ein großer Teil der als ungültig bewerteten Stimmen HDP-Stimmen sind.

In- und ausländische Wahlbeobachter sind sich einig, dass diese Parlamentswahlen als ungerecht und undemokratisch zu bezeichnen sind. Gerade die Oppositionsparteien, allen voran die HDP, hatten mit vielen Behinderungen und Schwierig-

keiten zu kämpfen. Während der gesamten Wahlkampfphase wurde die HDP das Ziel von über 160 Angriffen, drei davon Bombenanschläge. In Adana und Mersin explodierten vor den HDP-Büros Bomben, nur durch Zufall kam niemand ums Leben. Einige Tage vor der Wahl, am 3. Juni 2015 wurde in Bingöl der Fahrer eines HDP-Busses mit 30 Kugeln regelrecht hingerichtet. Am Freitag, den 5. Juni 2015, explodierten zwei Bomben in Diyarbakir auf der letzten Wahlkundgebung der HDP. Drei Menschen starben, rund 350 wurden verletzt; zehn Menschen mussten die Beine amputiert werden. Durch die besonnene Haltung der HDP-Führung konnte eine Panik verhindert werden. Dass Zehntausende gleich nach den Bombenanschlägen sich diszipliniert verhalten und für die Versorgung der Verletzten Korridore geöffnet haben, zeigt die politische Reife der kurdischen Bewegung und der sie

tragenden kurdischen Bevölkerung. Die Attentäter hatten Chaos und Unruhen stiften wollen, doch die Rechnung ging nicht auf.

AKP: ANFANG VOM ENDE

Die AKP hat 18,7 Mio. Stimmen auf sich vereinigen können. Damit hat sie rund 2,7 Mio. Stimmen verloren – quer durch alle Wahlbezirke. Staatspräsident Erdoğan schaltete sich in den Wahlkampf ein und trotz der verfassungsrechtlichen Verpflichtung zur Unparteilichkeit forderte er die Wähler_innen auf, der AKP zu 400 Abgeordneten zu verhelfen. Konstruierte Eröffnungszeremonien von unfertigen bzw. längst in Betrieb genommenen staatlichen bzw. privaten Einrichtungen wurden von Erdoğan als Kundgebungen genutzt. In den letzten Wochen des Wahlkampfes wurden eigens für solche Zwecke in verschiedenen Städten Kundgebungen unter dem Titel »Der Staatspräsident trifft seine Staatsbürger« durchgeführt. In diesen Kundgebungen hat Erdoğan die Oppositionsparteien, insbesondere die HDP, ins Visier genommen und für sein Präsidialsystem geworben. Dabei appellierte er an niedere nationalistische Instinkte und sagte u.a.: »Ich vertrete die Nation. Wenn ich volle Handlungsfreiheit bekomme, kann das Land besser regiert werden. (...) Die Türkei müssen wir wie eine Aktiengesellschaft regieren. Gewaltenteilung und Verwaltungsgerichtsbarkeit verhindern dies. Wenn wir Investitionen tätigen wollen, kann irgendein Richter das verhindern. Das brauchen wir nicht. (...) Die Oppositionsparteien und die mit ihnen verbundenen illegalen Strukturen wollen den nationalen Willen verhindern. (...) Atheisten, Homosexuelle, Terroristen, das jüdische Kapital und die Feinde der Türkei ziehen am selben Strang.«

Der AKP standen der gesamte Staatsapparat und die vielen gleichgeschalteten Medien zur Verfügung. Alleine im staatlichen Fernsehen TRT wurde in einem Monat (Mai 2015) über Erdoğan 45 Stunden und über die AKP 54,5 Stunden berichtet. Über die CHP nur 14 Stunden, über die MHP 7,5 und über die HDP nur 3 Stunden. Ministerpräsident Davutoğlu nutzte seine Dienstflugzeuge und den gesamten Fuhrpark für die Wahlkampfveranstaltungen. Beamte, Lehrer_innen und staatliche wie kommunale Beschäftigte sowie Schüler_innen wurden landesweit verpflichtet, an AKP-Kundgebungen teilzunehmen.

Trotzdem konnten die polarisierende und zutiefst nationalistische Rhetorik Erdoğan's und die von Großmacht-Allüren bestimmten Reden des Ministerpräsidenten den Stimmenverlust nicht verhindern. Im Gegenteil: Die Einmischung Erdoğan's in nahezu jedes Thema, seine verleumdende Art und sein Beharren auf dem autoritären Präsidialsystem hat breite Teile der Bevölkerung gegen ihn mobilisiert. Selbst in der AKP wurden kritische Stimmen lauter. Insbesondere der Vorgänger Erdoğan's im Staatspräsidentenamt, Abdullah Gül, der stellvertretende Ministerpräsident Bülent Arınç sowie der für die Wirtschaft zuständige stellvertretende Ministerpräsident Ali Babacan zeigten offen, dass sie mit der von Erdoğan vorgegebenen Linie nicht einverstanden sind.

Zudem sorgten die Misserfolge in der Außenpolitik, die offen zu Tage getretene Unterstützung von islamistischen Terrorgruppen im Irak und Syrien sowie die Förderung von konfessionellen Konflikten für Unmut in der Bevölkerung. Die Stagnation in der Wirtschaft, die hohe Verschuldung der privaten Haushalte, soziale Probleme, die hohe Zahl von Arbeitsunfällen mit Todesfolge und Lohnrückgänge führten zu Vertrauensverlusten. Auch die türkischen Kapitalfraktionen zeigten sich unzufrieden mit der Regierungsarbeit und dem die »Stabilität« gefährdenden Gebaren Erdoğan's. Obwohl das türkische Großkapital mit der Umsetzung der neoliberalen Agenda und Kapitalexporthemühungen der AKP-Regierung durchaus zufrieden war, gab es Kritik an der polarisierenden Rhetorik Erdoğan's. Dass diese Kritik nicht allzu laut geäußert wurde, hatte mit der lange anhaltenden großen gesellschaftlichen Unterstützung Erdoğan's zu tun. Nun wird diese Kritik hörbarer werden. Es ist zu erwarten, dass »gemäßigtere« Kräfte in der AKP aufgefordert werden, das »Zepter in die Hand« zu nehmen. Wahlbeobachter äußerten am Wahlabend, dass Abdullah Gül sich vorbereitet, sich als »Retter« zu präsentieren.

Noch kann nicht vorhergesagt werden, wie eine Änderung in der AKP-Führung stattfinden wird. Aber es steht außer Frage, dass die derzeitige Führung unter Davutoğlu in der Partei mit einem gewichtigen Gegenwind zu rechnen hat. Inzwischen sprechen sogar regierungsnahen Journalisten davon, dass der erste Verlierer der Wahlen der Staatspräsident selbst ist. Zwar wird Erdoğan für diese Niederlage zuerst Davutoğlu verantwortlich machen

und mit vielen, ihm hörigen Abgeordneten eine Reorganisation der AKP vollziehen wollen, ob aber Erdoğan die nächsten Wochen ohne Schramme überstehen kann, ist zu bezweifeln. Denn in der jetzigen Parlamentskonstellation kann die AKP ohne einen Koalitionspartner keine Regierung bilden. Möglicherweise wird Erdoğan versuchen, mit einer AKP-Minderheitsregierung Neuwahlen vorzubereiten, aber der Kitt, der die AKP zusammengehalten hat, ist brüchig geworden.

DIE OPPOSITIONSPARTEIEN

Obwohl die CHP in den letzten Monaten mit einer auf soziale Gerechtigkeit ausgerichteten Wahlprogrammatische durchaus Sympathien erhielt, konnte sie es nicht schaffen, sich als echte Alternative darzustellen. Die CHP erhielt insgesamt 11,5 Mio. Stimmen, was gegenüber 2011 nur einem Zuzugewinn von knapp 320.000 Stimmen entspricht. Der Parteivorsitzende Kemal Kılıçdaroğlu erhoffte, mit einer Sozialrhetorik und einer »Anti-Präsidialsystem-Kampagne« die unentschlossenen Wähler_innen für seine Partei zu gewinnen und die laizistische Wählerbasis zu konsolidieren. Aber die von Erdoğan geförderte gesellschaftliche Polarisierung und die Angst vor einem autoritären Präsidialsystem führten dazu, dass laizistische Wähler_innen den Ausweg in der Unterstützung der HDP sahen. Insbesondere die Losung »5 Prozent für CHP nutzt nicht, aber 0,5 Prozent für die HDP kann Erdoğan verhindern« hat viele CHP-Wähler_innen zu HDP-Unterstützern werden lassen.

Nutznieser der nationalistischen Rhetorik war die neofaschistische MHP. Sie konnte von Wählerwanderungen aus der AKP und der CHP profi-

tieren. Die MHP bekam insgesamt 7,5 Millionen Stimmen und konnte gegenüber den Wahlen von 2011 rund 2 Millionen Stimmen hinzu gewinnen. Nach Bekanntgabe der ersten Prognosen wurden in den Fernsehsendungen von einer möglichen AKP-MHP-Koalition gesprochen, aber der MHP-Vorsitzende Devlet Bahçeli machte in den nächtlichen Stunden klar, dass seine Partei keine Koalition wünsche. Ob die MHP dies aufrecht halten kann oder einer personell veränderten AKP doch zustimmen wird, kann erst in den nächsten Tagen gesagt werden.

EINDEUTIGE GEWINNERIN DER WAHL: HDP

Wahlforschungsinstitute waren sich lange nicht einig, ob die HDP die Zehn-Prozent-Hürde schaffen könnte. Lange Zeit sahen die Prognosen die HDP um die zehn Prozent pendeln. Aber die Anschläge der letzten Wochen und die Möglichkeit, dass die AKP die Nutznießerin eines Parlaments ohne die HDP sein würde, hat nicht nur die kurdischen und linken WählerInnen, sondern auch zahlreiche laizistische Türken zur Wahl der HDP bewegt. In der erstmaligen Wahlteilnahme als Partei konnte die HDP mit 13,1% nahezu sechs Millionen Stimmen auf sich vereinigen. 2011 war die Vorgängerpartei BDP (Partei des Friedens und der Demokratie) mit unabhängigen KandidatInnen angetreten und erzielte 6,4%. Die HDP konnte ihre Wählerbasis mithin verdoppeln.

Eines der wichtigen Gründe für den Antritt als Partei war das Wahlergebnis von Selahattin Demirtaş bei den Wahlen zum Staatspräsidenten am 10. August 2014. Demirtaş konnte damals mit 9,76% rund 3,9 Millionen Stimmen auf sich vereinigen.

WAHL DES STAATSPRÄSIDENTEN AM 10. AUGUST 2014

Name	Stimmen	i. v. H.
Recep Tayyip Erdoğan	21.000.143	51,79 %
Ekmeleddin M. İhsanoğlu	15.587.720	38,44 %
Selahattin Demirtaş	3.958.048	9,76 %

Zudem konnte die HDP ein breites gesellschaftliches Bündnis in der Partei vereinigen. Die Idee einer Dachpartei geht auf die Initiative des PKK-Führers Abdullah Öcalan zurück. Öcalan konnte die kurdische Bewegung für eine Allianz mit sozialistischen und liberal-demokratischen Kräften

gewinnen und schaffte dadurch, dass die Isolation der kurdischen Bewegung durchbrochen wurde. Mit der HDP hat sich ein breites Spektrum politischer Kräfte gebildet, die von religiös orientierten Kurd_innen über ehemalige Sozialdemokraten, Frauen-, Umwelt-, Antiglobalisierung-, Antigentri-

fizierungs- und LGBTTI-Aktivist_innen bis hin zu Mitgliedern der illegalen Kommunistischen Partei der Türkei reicht. (In einem Artikel analysiert Nick Brauns detailliert die HDP und mögliche Entwicklungen).

Zwar wird die HDP allgemein als ein Linksbündnis bewertet, aber das ist nur die eine Seite der Medaille. Um den Einfluss der AKP innerhalb der konservativen kurdischen Bevölkerung zurückzudrängen, wurden religiös-konservative KandidatInnen aufgestellt. In den Vordergrund wurde eine »Identitäten-Kampagne« gestellt, die sich für die Gleichberechtigung aller ethnischen wie religiösen Gruppen einsetzte. Auch die Rechte der gesellschaftlichen Minderheiten wurden betont. Mit dem Co-Parteivorsitzenden Demirtaş hatte die HDP einen Sympathieträger, der in weiten Teilen der Bevölkerung und Medien Vertrauen genießt. Gegenüber der polarisierenden Rhetorik Erdoğan's setzte Demirtaş auf Besonnenheit und Hervorhebung von Forderungen nach Frieden und Demokratisierung. Eine klare Aussage gegen das Präsidialsystem verschaffte Demirtaş weitere Sympathiepunkte seitens der laizistischen WählerInnen.

KommunistInnen, SozialistInnen und andere Linke in der HDP sorgten dafür, dass linke Positionen im Wahlprogramm Platz fanden. Die friedliche Lösung der Nationalitätenfrage, Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und einer breiten Demokratisierung wurden bestimmende Faktoren der HDP-Aussagen. Es konnte eine Brücke zu den Forderungen des »Juni-Aufstandes« von 2013 hergestellt werden. Zahlreiche AktivistInnen unterschiedlicher Gruppen, die Teil des »Juni-Aufstandes« waren, fanden als KandidatInnen und Mitglieder der HDP einen Platz. Auch die Solidaritätswelle mit dem erfolgreichen Widerstand in Kobanê (in Rojava) konnte für Aufwind sorgen. Linke Parteien wie die EMEP (Partei der Arbeit), die zwar innerhalb der HDK (Demokratischer Kongress der Völker) tätig sind, aber nicht der HDP angehören, riefen ihre Mitglieder dazu auf, die HDP zu wählen. Auch andere sozialistische Parteien und Gruppen wie die Halk Evleri (Volkshäuser) stellten sich hinter die HDP.

Die Verhinderung des autoritären Präsidialsystems und die Chance, den herrschenden Kräften einen empfindlichen Schlag zu versetzen, somit den Friedensprozess in der kurdischen Frage zu fördern und kriegerische Pläne der AKP in Syrien zu ver-

hindern, waren die wesentlichen Gründe für das Engagement von KommunistInnen, SozialistInnen und anderen Linken in der und für die HDP. Die Tatsache, dass Hunderttausende ehrenamtliche WahlbeobachterInnen und AktivistInnen sich für den Schutz der Wahlurnen engagiert haben, um die HDP herum eine breite gesellschaftliche Unterstützung gebildet wurde und somit die zahlreichen Wahlfälschungsversuche noch im Keim erstickt werden konnten, und dass nicht zuletzt der absoluten Parlamentsmehrheit der AKP ein Riegel vorgeschoben werden konnte, ist für die Linke in der Türkei ein großer Erfolg. Es wird in erster Linie von dem weiteren Engagement der linken Kräfte abhängen - von ihrem Können, den parlamentarischen mit dem außerparlamentarischen Kampf zu verbinden -, wie sich die Oppositionsarbeit der HDP entwickeln wird.

Der Wahlsieg bietet eine gute Grundlage dafür, das Linksbündnis zu erweitern und für den Kampf gegen den Neoliberalismus, gegen Krieg und neos Osmanische Ambitionen, für Demokratisierung und Frieden eine breite gesellschaftliche Koalitionen zu schmieden. Die Hauptlast dieser Aufgabe haben sozialistische Kräfte in der kurdischen Bewegung und kommunistische, sozialistische, linke Parteien und Gruppen zu tragen. Die wichtigste Lehre aus dem Wahltag ist, dass eine Linke, die es bewerkstelligt, geeint und Bündnisse bildend anzutreten, Wahlerfolge erreichen und den Herrschenden empfindliche Schläge erteilen kann. Das macht Hoffnung und Lust auf mehr. ■■■

13 PROZENT FÜR DIE FRAUEN IN DER TÜRKEI.

FEMINISTISCHE ÜBERLEGUNGEN ZU DEN PARLAMENTSWAHLEN AM 7. JUNI

VON CORINNA ELEONORE TROGISCH

Der bahnbrechende Wahlerfolg der HDP ist eine gute Nachricht für alle DemokratInnen, Linken und Mehrfachdiskriminierten in der Türkei. Insbesondere alle Frauen hätten mit dieser Wahl gewonnen, meinte der Co-Vorsitzende und HDP-Spitzenkandidat Selahattin Demirtas. Doch inwiefern ist der Erfolg der HDP ein Gewinn für sie, wohlmöglich auch für die AKP-Anhängerinnen, gerade im Kontext alltäglicher Erfahrungen vieler mit sexualisierter bzw. männlicher Gewalt? Wie ist es um die Partizipation der Geschlechter im türkischen Parlament bestellt? Welche Chancen eröffnen sich nun für feministische Kämpfe vor dem Hintergrund der erfolgreichen kurdischen Frauenbewegung, welche die politische Landschaft in den vergangenen Jahren ordentlich aufgemischt hat? Aus feministischer Sicht gibt es aber auch Widersprüchliches und Problematisches in der Entwicklung der HDP als breites links ausgerichtetes gesellschaftliches Bündnis.

Über große Freude bei DemokratInnen, Linken und Mehrfachdiskriminierten in der Türkei und anderen Ländern: Der Bajonett-Demokratie des „Tayyip-Ayip“^[1] ist eine Grenze gesetzt. Die linkspluralistische „Demokratische Partei der Völker“ (türk. HDP), erst 2013 gegründet, hat die nach dem Putsch von 1980 implementierte 10-Prozent-Sperrklausel überschritten. Das von der kurdischen Bewegung hochgepäppelte Gebilde hat es über viele Häutungen und Metamorphosen geschafft, eine in der gesamten Türkei wählbare Partei zu werden und ist nun mit rund 13 Prozent der Stimmen in der türkischen Nationalversammlung vertreten. Hinter der HDP steht der rätedemokratisch organisierte „Demokratische Kongress der Völker“ (türk. HDK). Dieser ist seit 2011 bestrebt, v.a. über die Bejahung religiöser, ethnischer und sprachlicher Vielfalt eine pluralistische politische Kultur, verbunden mit der Idee sozialer Gerechtigkeit, zu popularisieren.

Die Ergebnisse zeigten, was inzwischen in der mehrheitlich konservativen Türkei möglich ist: Auch die offene Unterstützung von Rechten für LGBT*-Menschen bedeutete am Ende keine Einbuße von Wahlstimmen. Doch inwiefern ist der

bahnbrechende Erfolg der HDP ein Gewinn für alle Frauen in der Türkei?

PARTIZIPATION IM PARLAMENT

50 bis 60 Mandate mehr hätte es für die herrschende „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (türk. AKP) gegeben, wäre die HDP an der Sperrklausel gescheitert: 50 bis 60 Köpfe mehr, ob männlich oder weiblich, die einer frauenfeindlichen Programmatik zur Ausbreitung verhelfen. Doch daraus wurde nichts. Der Frauenanteil stieg indes von 79 (2011) auf 96 von 550 Abgeordneten. In absoluten Zahlen gar nicht so viel mehr – doch ist nun bald jede fünfte Abgeordnete eine Frau. Ihre quantitative Teilhabe nähert sich einem Bereich, in dem sie qualitativ wirken könnte: Frausein bildet sich im Parlament eher als selbstverständliche menschliche *Conditio* ab denn als Abweichung in einem Männerraum.

Bezeichnenderweise sind es die prokurdischen Parteien gewesen, die diesen Quoten-Quantensprung gebracht haben. Ebenso ist die Doppelspitze in der Türkei kurdischen Ursprungs. Erst durch den so entstandenen Druck stellten auch andere Parteien mehr Kandidatinnen auf, auch auf aussichtsreichen Plätzen. 1995 saßen mit Einzug der prokurdischen DEHAP mit einem Mal 13 Frauen im Parlament, 1999 dann 23, 2002 waren es 24 und 2007 schließlich 50. In jenem Jahr hatte die prokurdische DTP im Rahmen der Kampagne „1000 KandidatInnen der Hoffnung“ erstmals ihre Listen für ‚unabhängige SozialistInnen‘ geöffnet, eine Bezeichnung, unter der allerdings nur Männer Abgeordnete wurden.

Nun wurden 31 Kandidatinnen der HDP gewählt. Darunter sind Namen wie Sebahat Tuncel, eine kurdisch-alevitischer Feministin, die 2007 aus dem Gefängnis heraus gewählt wurde; oder die legendäre Leyla Zana, die 1991 ihrem parlamentarischen Eid einen Satz auf Kurmanci (in der Türkei dominantes kurdisches Idiom) hinzufügte, in dem sie die türkisch-kurdische Geschwisterschaft beschwor – sie verschwand dafür auf Jahre im Gefängnis. Neu sind u.a. Hüda Kaya, gläubige und bedeckte Menschenrechtlerin, die sich, politisch von ganz rechts kom-

mend, dem HDK anschloss, Filiz Kerestecioglu, feministische Anwältin und Autorin des Protestsongs *Kadınlar Vardır* („Frauen gibt es“), Dilek Öcalan, eine junge Nichte des inhaftierten PKK-Führers Abdullah Öcalan mit Erfahrungen in den Frauenorganen kurdischer Parteien, die marxistische, in der Umweltbewegung aktive Professorin Beyza Üstün sowie die kurdische Anwältin Meral Daniş Betaş, die mit Kolleginnen den türkischen Staat für seine Tolerierung von Männergewalt vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte niederrang. Waren früher die wenigen im Parlament vertretenen Frauen oft hörige Verwandte oder Ziehkinder dominanter Politiker, zogen seit den 1990er Jahren mit den politisch profilierten Kurdinnen Frauen ins Parlament, deren Verbindung zur Bewegungsbasis sie stark machte. In dieser Legislaturperiode bilden die Parlamentarierinnen schon fast die verschiedenen Strömungen der Frauenbewegung ab.

WAHLVERHALTEN DER GESCHLECHTER

Dass ›alle Frauen‹ bei dieser Wahl gewonnen hätten, schließt jene ein, die jahrelang und auch diesmal die AKP gewählt haben, einen institutionell tief verankerten Machtapparat mit 9,5 Millionen Mitgliedern, davon die Hälfte Frauen, die in ihren Wohnvierteln Politik an den Haustüren machen. Im Rahmen einer breiten Klassenallianz erreichte die AKP die Deutungshoheit über viele gesellschaftliche Themen, etwa das Kopftuch, das von ihr auf die Frage der Bildungsbeteiligung von Frauen reduziert wurde. Die AKP ist überall, und in vielem eine ‚Frauenpartei‘. Noch bei der Präsidentschaftswahl wurde Erdoğan zu 55 Prozent von Frauen gewählt. Andererseits stellen Untersuchungen heraus, dass die Unterstützung von Frauen für die AKP mit Anstieg ihrer formalen Bildung zurückgeht.[2]

POLITISCHE ÖKONOMIE WEIBLICHER LEBENSLAGEN

Andere weibliche Lebenslagen können andere Präferenzen begründen: Forschungen besagen, dass Frauen durch Integration in den Arbeitsmarkt in politische Debatten einbezogen würden, wodurch ihre politischen Kenntnisse und ihr Bewusstsein steige. Durch Erwerbsarbeit seien sie zudem verstärkt Geschlechterungleichheiten ausgesetzt und neigten dazu, feministische Ziele zu unterstützen. Da zudem Frauen für ihre Beschäftigung mehr vom öffentlichem Sektor und Sozialpolitik abhingen als Männer, wählten sie eher Parteien, die sich für Umverteilung einsetzen. Erwerbsarbeitende Frauen

seien mithin zur Wahl linker statt rechter Parteien prädispositioniert.

Diesen Feststellungen liegt jedoch ein Typus von Erwerbsarbeit zugrunde, den es in der heutigen Türkei gerade für Frauen kaum noch gibt, nämlich Formalarbeitsverhältnisse mit Raum für Kollegialität, die Bewusstseinsbildung begünstigen. Ein Blick in die Arbeitsmarktstatistiken verrät: Die weibliche Erwerbsbeteiligung sinkt seit Dekaden. Nach einer Zählung im Februar 2012 sind von 24,8 Millionen Erwerbsaktiven 8,7 Millionen informell beschäftigt. Gleichzeitig hat die Türkei mit 28,7 Prozent den niedrigsten Anteil von Frauen an der Erwerbsbeschäftigung im OECD-Durchschnitt überhaupt. Von den fast 27 Millionen Frauen über 15 Jahren werden 11,9 Millionen als „Hausfrauen“ geführt, 3 Millionen arbeiten in der Landwirtschaft. Sie alle sind faktisch „unbezahlt mithelfende Familienangehörige“. Kranke und erwerbslose Frauen sowie solche, die die Arbeitssuche aufgegeben haben, hinzugezählt, zeigt sich: Mehr als die Hälfte der Frauen in der Türkei hat kein unabhängiges eigenes Einkommen. [3]

Eine der politischen Leistungen der AKP besteht zugespißt eben darin, den regulatorischen und legitimatorischen Rahmen dafür geschaffen bzw. reproduziert zu haben, dass Frauen zwar arbeiten und ihre Arbeit verwertet werden kann, sie dabei aber nicht so leicht Identitäten annehmen, die eine Interessenartikulation wie oben angedeutet nach sich ziehen. Eine weitere Beobachtung: Während Männer auch ohne hohe formale Bildung im Arbeitsmarkt unterkommen, ist Bildung für Frauen viel substanzieller, um ökonomisch unabhängig zu sein. Die jüngsten Reformen der Schulbildung beschränken die Bildung der meisten Mädchen auf eine funktionale zur Erzeugung billiger Arbeitskräfte, bar jeder staatsbürgerlichen Ausrichtung. Dies war von Maßnahmen zur Förderung von Frühheiraten flankiert. Wenn so nun auch die weiblichen Bildungsabschlüsse sinken sollten, ließe sich sagen, dass die AKP ihre künftigen Wählerinnen buchstäblich produziert.

Arbeitsmarktpolitisch begann die beschriebene Entwicklung schon vor der AKP. Doch wie keine Regierung zuvor schaffte sie es, brutale Klassenpolitik und Neopatriarchalismus legitimatorisch zu verschmelzen und so die Vorgaben von IWF und Kapitalfraktionen durchzusetzen. Zu sehen

wie ihre frauenfeindliche Rhetorik auf ökonomischer Entmachtung und dem Gefügighalten von Frauen fußt, verweist auf Hintergründe für die zunehmende männliche Gewalt. Während ökonomische Unabhängigkeit Frauen für Männergewalt weniger erreichbar macht oder ihnen Ressourcen verschafft, sich schneller zu regenerieren, werden derzeit vor dem Hintergrund von Abhängigkeiten und Erschöpfung des Sozialen, im Zusammenspiel mit Kriegspolitik, die Geschlechterkonflikte schärfer und vielfältiger. Je nach politischer Machtkonstellation werden Frauen unterschiedlich angesprochen und selbst handlungsfähig: als Einzelne, kollektiv als (Teil-)Bewegung oder Erwerbsarbeitende. Auch in der Rolle als Mütter können sie mit Autorität ausgestattet oder gänzlich auf die Rolle von Untergebenen verwiesen sein. Unter bestimmten Bedingungen entwickeln sie Sozialkonservatismus als Bewältigungsstrategie, und das schließt immer ein, sich mit Männergewalt und Frauenhass zu arrangieren, beides mitzutragen und zu verharmlosen – bis hin zu der Forderung an andere Frauen, ihr Leiden nicht zu artikulieren und nicht aufzubegehren. Gleichzeitig werden Prekarität und Erfahrungen des Scheiterns zunehmend von Paaren im urbanen Kontext verhandelt. Patriarchale Herrschaftsformen sind im Umbruch. In diesem Kontext schießt die Anzahl ermordeter Frauen nach oben – von 66 im Jahr 2002 auf 847 in den ersten 9 Monaten des Jahres 2013. Wurden zwischen 2008 und 2011 schon 47 Prozent aller ermordeten Frauen von ihren Ehemännern oder Ex-Ehemännern umgebracht, liegt dieser Wert jetzt bei 69 Prozent.

FEMINISTISCHE KÄMPFE, KURDISCHE FRAUENBEWEGUNG UND NEUE AUFBRÜCHE

In der Türkei war es der Militärputsch vom 12. September 1980, der die Durchsetzung von weitreichender Deregulierung und anderen Strukturanpassungsmaßnahmen ermöglichte. Emanzipatorische Bewegungen wurden nachhaltig zerschlagen und auf Generationen traumatisiert. Lebensrealitäten und Nöte von Frauen traten durch die aggressive Klassenpolitik noch weiter auseinander, ohnehin vorhandene kulturelle Distanz und der politisch ins Spiel gebrachte Faktor Islam taten ein Übriges. Dies prägte nicht nur die ersten Schritte der entstehenden feministischen Bewegung, sondern alle frauenbewegten Spektren. Feministinnen waren abgeschnitten von progressiven Massenbewegungen und entwickelten ihre Politik umso unvermeidlicher als subkulturelle. Ihre Aktionsformen waren

politisch unverständlich, sobald sie provokativ oder illoyal zu vorgegebenen Kollektiven wurden. Dies begann sich erst nach Dekaden politischer Reifung aller frauenpolitischen Strömungen zu wandeln.

In den 1990er Jahren wurde von unerwarteter, nämlich kurdischer Seite ein Aufbruch von Frauen sichtbar, der weitreichende Auswirkungen auf die Gesellschaft der Türkei haben sollte. Anders als Feministinnen gegenüber der gemischten Linken, erlangten kurdische Frauen in der PKK-nahen Bewegung soziale Macht. Was als geschickt produktiv gemachter Teil eines Volksaufstandes begann, als Öcalan'sches ‚Ersatzproletariat‘, und heute als kurdische Frauenbewegung hervortritt, macht eine Vielfalt von Strategien wirksam, generationenübergreifend, quer durch alle gleichheits- und differenzfeministischen Erfahrungsbestände, und vor allem – wenig zur Freude antihierarchischer Reflexe – einem Gefüge aus vielfältigen Hierarchieebenen und Arbeitsteilungen unter Frauen, das strategisch einsetzbar ist.[4] In keiner Bewegung oder Partei in der Türkei war das Verhältnis von weiblichen Kadern und ihrer Basis jemals so funktional für die Verankerung von Themen wie im Falle der PKK-nah organisierten Kurdsinnen. Ihr Weg führte über Autoritarismus und strikte Parteiloyalität, doch das Repertoire breitete sich aus, und der politische Widerhall dieser Bewegung ist gewaltig. Kurdische Guerilleras sind überdies international sichtbar Teil der einzigen politischen Kraft, die die Ausbreitung des IS zurückdrängen kann.

Unabhängige feministische Netzwerke stehen indes in einer zunehmend ausgeweglosen Konfrontation mit der ideologischen Übermacht der AKP. Profitiert hatte vom Institutionen-Umbau der AKP das nunmehr staatsnahe Segment der Frauenbewegung, die religiös legitimierte Organisationen.

Auf den ‚kemalistischen Feminismus‘ schließlich gab es etliche Abgesänge. Einige Entwicklungen, die Frauen einigende Erfahrungen vermittelten, lassen jedoch eine möglicherweise bedeutsame Transformation von Teilen dieses Spektrums wahrscheinlich werden: Schon 2012 wandten sich Millionen Frauen verschiedener politischer Lager gegen das schließlich faktisch durchgesetzte Verbot der Abtreibung. In ›Gezi-Land‹ geschahen mehrere wichtige Dinge: Feministinnen wurden zum ersten Mal in einer gemischten Bewegung eigenständig sichtbar, mehr als geduldet. Sie konnten und muss-

ten, darin ungeübt, plötzlich auf eine größere Masse bezogen agieren. Ihnen fiel eine Rolle als Zivilisiererinnen zu. Auch weil sie diese ausfüllten, konnten sich viele Frauen zu ihrem Erstaunen in einer so großen Ansammlung bewegen, ohne belästigt zu werden. Diese Ausnahmeerfahrung bescherte der Bewegung umso mehr Loyalität von Frauen.

Das phantastische Wahlergebnis der HDP verdankt sich in etlichen Punkten dem Gezi-Widerstand: Zum einen brachten diese Wochen einen Durchbruch in der Empathie für die KurdInnen im Land. So wurde die Zuwendung auch von CHP-StammwählerInnen möglich, die die HDP mit über die Hürde trug. Zum anderen: Über 1,5 Millionen Stimmen wurden als ungültig bewertet, v.a. in den kurdischen Gebieten und Mittelanatolien. Es liegt nahe, dass ein großer Teil davon HDP-Stimmen waren.[5] Nur durch die Unermüdlichkeit und gute Zusammenarbeit von abertausenden bereits an den Kommunalwahlen 2014 geschulten „demokratischen WahlhelferInnen der Völker“, wie sie im HDP-Hype geadelt wurden, wurde verhindert, dass noch mehr HDP-Stimmen verschwanden. Mehr als 50 Prozent davon waren Frauen. Wie der offizielle Friedensprozess, das Ende militärischer Konfrontation, stark von Frauenorganisationen unterstützt wird, so machten sich Frauen hier für sozialen Frieden stark. Die Option auf Aussöhnung und jeder praktische Schritt dorthin, hat für Frauen jeder politischen Zugehörigkeit unmittelbare Relevanz, denn gesellschaftliche Spaltungen wirken sich immer negativ auf ihre Möglichkeiten zur Interessenartikulation aus. Auch vor diesem Hintergrund unterstützen Feministinnen die HDP. An die 1.000 von ihnen unterschrieben einen Unterstützungsauftrag, in dem sie feststellten: „Für uns ist unumgänglich, dass für Frieden und eine bleibende Lösung der kurdischen Frage die HDP im Parlament sein muss.“

HANDLUNGSPERSPEKTIVEN, OFFENE FRAGEN UND WIDERSPRÜCHE

Mit den Wahlergebnissen scheint sich ein politischer Raum aufzutun, in dem Feministinnen auf einmal überall FreundInnen haben. Doch dies verdankt sich auch Entwicklungen und Prioritäten in der Politik der HDP, die gerade aus feministischer Sicht nicht unproblematisch sind.

Was die Berücksichtigung von Klassenverhältnissen angeht, zeigt die vorangegangene Zusammen-

schau, welche Bedeutung es aus Frauensicht hat, Arbeitende nicht nur als Gruppe neben Kurden, Aleviten oder Frauen zu stellen und Klasse unverzichtbares, auch weibliches, Subjekt politischer Veränderung anzusprechen. Erst kürzlich zeigte sich wieder, wie unterentwickelt hier die Verbindung zu aktuellen Kämpfen ist, als in der Autoindustrie der westtürkischen Stadt Bursa eine Welle wilder Streiks für höhere Löhne begann. Die in Massen aus ihrer staatsnahen Gewerkschaft Türk Metal austretenden Streikenden erkämpften sich finanzielle Zugeständnisse sowie die Zusicherung von Sanktionsverzicht. Die HDP erklärte zwar ihre Solidarität. Doch aufgrund ihrer Konzentration auf den Wahlkampf blieb praktische Unterstützung für den Streik aus.

Einer der Wege, die zum fulminanten Wahlergebnis der HDP führten, war deren Öffnung für religiös-konservative Kräfte. Aus feministischer Sicht ist dies besonders problematisch. Anders als im Iran und in Syrien, so Sanem Vaghefi,[6] sei die kurdische Bevölkerung der Türkei mehrheitlich sehr konservativ. Um hier Zustimmung zu gewinnen, hätte die kurdische Bewegung einen Diskurs entwickelt, der eher auf einem pro-kurdischen alternativen, „anderen Islam“ beruhe als auf Säkularismus. Dabei verschwimme auch der Standpunkt gegenüber dem politischen Islam. Öcalans schrieb etwa – anlässlich des 2014 unter Beteiligung vieler HDP-Angehöriger abgehaltenen „Kongress des Demokratischen Islam“ -, die kurdische Bewegung sei weder atheistisch noch materialistisch, und der Islam solle nicht mithilfe westlicher Konzepte interpretiert werden. Mithin betreibe die HDP ihre Wahlpropaganda „nicht innerhalb eines säkularen Rahmens“, so Vaghefi.

Doch dass sich die HDP auf Kosten säkularer Politik weiter für fromme Kreise und Konservatismus öffnet, hieße dass sich die Deutungshoheit der AKP noch im Widerspruch gegen sie stets ausdrückt und reproduziert. In den letzten Jahren, als sich dem HDK hier Religiöse und da Transen, Lesben und Schwule anschlossen, fragte man sich schon oft, wann das Band zerreißen möge. Ein politisches Projekt, dass keinen Umgang mit religiösen Fragen findet, verspielt hingegen ebenfalls jede Möglichkeit der Hegemoniegewinnung. Der Widerspruch bleibt. Rückt die kurdische Bewegung nach rechts, wird frauenpolitisches Essenzielles zur Disposition gestellt?

Nicht selten wirft progressive Geschlechterpolitik ihre ganz eigenen Demokratieprobleme auf, worauf für die kurdische Bewegung die Journalistin Frederike Geerdink aufmerksam macht: Der konservativ eingestellten kurdischen Bevölkerung wurden weibliche Kandidatinnen verordnet, in dieser Hinsicht die Revolution von oben ausgerufen. In der nicht-kurdischen Linken hingegen muss jeder Quotenversuch verzweifelten Personalmangel auslösen,[7] denn ob der tradierten Praxis bringen Frauen gemeinsam es nicht weit genug, ausreichend von ihnen selbst legitimierte Vertreterinnen zu stellen. Sofern angebotene Stühle nicht leer bleiben, wird mitunter hineingehievt, wer sich erwischen lässt. Loyalitätsprobleme und ein brain drain für die feministische Bewegung sind weitere Tücken der Sache. Das ist die Ausgangssituation für HDK und HDP. Und entsprechend stellt der feministische Unterstützungsaufwurf für die HDP fest, dass eine Partei allein keine Grundlage für genuin feministische Politik sein kann. Es braucht immer die Kraft zur Illoyalität durch unabhängige Organisation. Jedoch sind Bündnispartner im parlamentarischen Raum höchst bedeutsam. Falls die HDP sich als links(liberal) oder sozialdemokratische Partei in der Türkei etablieren kann, werden sich vielfältige Kanäle für feministische Forderungen öffnen. So könnte das Projekt HDP Feministinnen helfen, aus der Marginalisierung heraus zu kommen.

Klar ist: Mit diesem Wahlergebnis ist auch die Frage nach der Teilhabe von Frauen an sozialistischer Politik mit voller Wucht zurück auf der Tagesordnung. Ein Schlüsselthema hierbei wird sexualisierte bzw. Männergewalt sein, die zur alltäglichen Erfahrung von Frauen gehört. Die Auseinandersetzungen um solche Gewalt in linken Organisationen (Parteien, Gewerkschaften bzw. Gewerkschaftsverbänden) ist zum guten Teil eine Geschichte feministischer Niederlagen und Rückzüge. Somit könnten diejenigen, die von der HDP zurecht eindeutiger eine Politik für soziale Rechte vertreten sehen wollen, an Glaubwürdigkeit gewinnen, indem sie ein alle Geschlechter einschließendes Verständnis von Klasse vorantreiben. Und sie könnten wiedererstarkten Frauen, die Gewalt benennen, explizite Wertschätzung entgegenbringen – anstatt Frauen in den Reihen zu nötigen, ihre Gewalterfahrungen zu verleugnen.

Einen Monat vor der Wahl wurde in sozialen Netzwerken ein Interview Selahattin Demirtaş‘ mit dem

Sender Fox News verbreitet. Auf, den Hinweis des Moderators: „Als Sie ihr Wahlprogramm verkündeten, stand die HDP-Ko-Vorsitzende Figen Yüsekdağ neben Ihnen“, korrigierte ihn Selahattin Demirtaş, zweiter Ko-Vorsitzender: „Nein, ich stand neben ihr.“[8] Damit sich dies bewahrheitet, müssen verschiedene Strömungen der Frauenbewegung in der Türkei daran arbeiten, den Wahlsieg zu einem gemeinsamen zu machen. ■■■

ANMERKUNGEN

[1] Ein im Zuge des Gezi-Widerstandes geprägtes Wortspiel mit Erdogans Vornamen. Ayıp bedeutet „unanständig“.

[2] Nazan Üstündag: HDP kadınları merkeze alan politikalar üretmeli. Atılım Dergisi <http://www.atilimhaber.org/2014/08/22/ustundag-hdp-kadinlari-merkeze-alan-politikalar-uretmeli/>

[3] Özlem Ilyas Tolunay: Women in Erdoğan’s Turkey. New Politics, Vol. XIV No. 4, <http://new-pol.org/content/new-politics-vol-xiv-no-4-whole-number-56>

[4] Özgen Dilan Bozgan, 2011: Kürt Kadın Hareketi Üzerine Bir Değerlendirme. In: Sancar, Serpil (Hg.): Birkaç Arpa Boyu. 21. Yüzyıla girerken Türkiye’de Feminist Çalışmalar, Koç Yayınları, 757 – 799

[5] <http://infobrief-tuerkei.blogspot.de/2015/06/erdogan-verliert-hdp-gewinnt.html>

[6] <https://www.opendemocracy.net/sanem-vaghefi/turkey%E2%80%99s-kurdish-movement-in-search-of-%E2%80%99Creal-islam%E2%80%9D>

[7] <http://kurdishmatters.com/category/women/>

[8] <http://de.qantara.de/inhalt/die-rolle-der-hdp-bei-den-wahlen-in-der-tuerkei-hoffnungstraeger-fuer-frauen-und-lgbts>

Zuerst erschienen in Luxemburg Gesellschaftsanalyse und linke Praxis <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/13-prozent-fuer-die-frauen-in-der-tuerkei-feministische-ueberlegungen-zu-den-parlamentswahlen-am-7-juni/>

WORAUF DEUTET DIE REBELLION DER METALLARBEITER IN DER TÜRKEI?

VON HAKAN KOÇAK

Schwache Gewerkschaften und disziplinierte ArbeiterInnen dominieren das Bild von der Arbeiterbewegung in der Türkei. Umso mehr überraschten die Streiks, die im Mai mit einem hohen Maß an Spontanität und an Orten ausbrachen, die zwar industrielle Zentren, nicht aber Orte primär linker gewerkschaftlicher Mobilisierung sind. Die wilden Streiks sind jedoch nicht die einzigen, die sich in den vergangenen Jahren in der Türkei ereignet haben. Es gilt, sich die Besonderheiten der Streikzyklen der letzten Jahre im Kontext globaler Streikwellen in der Automobilindustrie und betrieblicher Organisationsfragen in der Türkei anzuschauen.

Die Automobilarbeiter der Renault-Fabrik in Bursa, die in der Metallgewerkschaft Türk Metal Sendikası Mitglieder sind, starteten eine Rebellion, der Funke sprang in andere Fabriken und Regionen über und wuchs. Während einige Streiks mittlerweile beendet sind, zum Teil sogar erfolgreich, halten andere Kämpfe noch an. Die Bewegung ist also noch aktiv, dennoch soll hier versucht werden, sie zu verstehen und eine Einschätzung vorzunehmen. Es folgen daher erste Notizen und Analysen.

DIREKTE REPRÄSENTATION UND RECHT AUF STREIK

Die Arbeiter haben mit ihrer Rebellion zwei Dinge erreicht: Ihre direkte Repräsentation und die Nutzung ihres Streikrechts. Damit wurden zwei wichtige, radikale Schritte für ihre Autonomie getan. Durch massenhaften Austritt aus der Gewerkschaft Türk-Metal zeigten sie, dass die bestehende Vertretungsstruktur, die ein Überbleibsel des Putsches vom 12. September 1980 darstellt und zu einem Kontrollapparat der Arbeitgeber verkommen ist, sie nicht repräsentieren kann [1]. Durch die Bildung von Arbeiterräten haben sie die Vertretung ihrer Interessen selbst in die Hand genommen. Damit haben sie eine historische Organisationsform der internationalen Arbeiterbewegung wieder aufleben lassen. Indem sie ihre Betriebe nicht verließen und die Produktion zum Stillstand brachten, setzten sie das Recht auf Streik, dessen Wahrnehmung durch die Arbeitsgesetzgebung erschwert und durch die von der Regierung im Februar verhängte sechzig-tägige Aussetzungsfrist faktisch aufgehoben wurde,

wieder in Kraft. Im Resultat erreichten die Metallarbeiter, dass das zwischen der Gewerkschaft Türk-Metal, dem Arbeitgeberverband MESS (Gewerkschaft der Industriellen für Metallwaren) und den übrigen, nicht im Arbeitgeberverband organisierten Unternehmern aufgeführte Tarifverhandlungstheater, dessen Regeln noch vom Putschregime geschrieben wurden, beendet wurde. Indem sie Räte bildeten, haben sie eine direkte Interessenvertretung hergestellt und die Wahrnehmung des Streikrechts ohne Schranken und Verbote erreicht. Sie besannen sich auf den Kern ihrer Interessen und erinnerten daran, dass die Aktion Vorrang gegenüber dem Recht hat.

Den aufmerksamen Beobachter wird diese Entwicklung nicht unbedingt verwundern. Die Arbeiterklasse in der Türkei hat seit 1980 eine qualitativ und quantitativ bemerkenswerte Entwicklung durchgemacht. Insgesamt haben die Unsicherheiten zugenommen und das Wohlstandsniveau ist gesunken. Das bestehende Arbeitsregime mit seinen überkommenen Regeln aus der Zeit des Putsches konnte die „friedliche“ Fortführung des Systems industrieller Beziehungen nicht mehr gewährleisten. Der Rahmen des Regimes wurde immer öfter gesprengt. Die Metallarbeiter haben der objektiven Sackgasse, in der das Regime steckte, nun die subjektive Tat - ihren Kollektivwillen - hinzugefügt und den Rahmen endgültig gesprengt. Ereignisse wie der Tekel-Widerstand, mit dem sich die ArbeiterInnen ebenfalls außerhalb der gewerkschaftlichen Organisation gegen ihre Prekarisierung in Folge von Privatisierung stemmten, Streiks der Angestellten im öffentlichen Dienst, die Aktionen der Birleşik Metal-İş (Vereinte Metallarbeitsgewerkschaft) gegen Aussetzungen des Streikrechts, bildeten einen neuen Standard für die Arbeiterbewegung. Überall im Land ist es zu Eruptionen gekommen, die an Kraft gewannen. Die Massenarbeitsniederlegungen in den Ziegelwerken in Diyarbakır, den Schuhfabriken in Adana, den Stickereien in Merter, den Textilfabriken in Gaziantep und der Boydak-Möbelfabrik in Kayseri sind dafür nur einige Beispiele.

GEFÜGIGE GEWERKSCHAFTEN, SCHWACHE LINKE

Das wichtigste Merkmal dieser Situation ist zweifellos, dass die Gewerkschaften, die sich seit etwa 30 Jahren im Rahmen der Legalität verfangen haben, nicht die treibenden Kräfte der Kämpfe darstellen. Die Gewerkschaften müssen ihre Praxis dem Kurs der Kämpfe anpassen oder mit ähnlichen Reaktionen der ArbeiterInnen rechnen, die ihre Legitimität weiter untergraben wird. Besonders mit den Folgen der Krise im Jahr 2008, den seither nicht kompensierten Reallohnverlusten, dem gestiegenen Druck an den Arbeitsplätzen, der Verdichtung der Arbeit und der Erhöhung der Arbeitszeiten ist es zunehmend schwieriger für die ArbeiterInnen geworden, sowohl den bestehenden restriktiven Rahmen als auch Gewerkschaften zu akzeptieren, die sie in ihren Kämpfen nicht unterstützen, im Gegenteil, ihren Widerstandswillen absorbieren und passivieren. Es wird schwieriger werden, eine junge, gebildete Arbeiterklasse, die hohe Erwartungen hegt und in der intensiven Nutzung von Kommunikationsmitteln erprobt ist, unter Kontrolle zu behalten.

In der Metallindustrie in der Türkei ist die Rede von einem System, das den Arbeitsprozess neben einer Mischung aus Konsens und Zwang durch Gewerkschaften reguliert, die sich im Einklang mit den Bedürfnissen des Kapitals bewegen. Einige wissenschaftliche Publikationen haben die Herausforderung der in den Produktionsprozessen hergestellten Hegemonie durch alltägliche Widerstände der ArbeiterInnen bereits wiederholt thematisiert [2]. Überliefert wurde dabei, dass unter der sichtbaren Oberfläche einer fügsamen Arbeiterschaft kontinuierlich ein verdeckter Widerstand junger ArbeiterInnen stattfindet. Neben dieser Feststellung wurde auf die autokratische Verfasstheit der Gewerkschaft Türk-Metal hingewiesen und betont, dass die ArbeiterInnen diese Interessenvertretung ablehnen und dass sie sich bereits in früheren Auseinandersetzungen, wie z.B. im Jahr 1998, entschieden aber bislang mit wenig Erfolg gegen diese Gewerkschaft gestellt haben.

Nun sind die Metallarbeiter an einem Punkt angelangt, an dem sie sich sowohl der Kontrolle der Unternehmen als auch der Gewerkschaft entziehen könnten. Hier kommt ein dritter Kontrollmechanismus ins Spiel, der sich auf soziale und ideologische Grundlagen stützt. Die Metallarbeiter sind in Übereinstimmung mit den in ihren Wohnorten vorwiegenden ideologischen Überzeugungen oft

stark nationalistisch und konservativ geprägt. Das hat nicht nur zur Folge, dass sie gegenüber Autoritäten wie der Polizei, der Gewerkschaftsführung oder dem Arbeitgeber gefügig sind, sondern auch, dass sie distanziert gegenüber linksorientierten und effektiv kämpfenden Gewerkschaften wie der Birleşik Metal-İş sind, die Mitglied in der Konföderation Revolutionärer Arbeitergewerkschaften DİSK (zweitgrößter Gewerkschaftsdachverband in der Türkei) ist. Es war die Birleşik Metal-İş, die vor wenigen Jahren bei dem für die jetzige Rebellion beispielhaften Arbeitskampf in der Bosch-Fabrik durchsetzen konnte, dass ein relativ guter Tarifvertrag zustande kam. Trotz aller Verbote setzte sie damals den Streik als Mittel des Kampfes effektiv gegen den Arbeitgeberverband MESS ein [3]. Dennoch gelingt es ihr aufgrund der gegebenen sozialen und ideologischen Verfasstheit der ArbeiterInnen nicht, deren Gunst zu gewinnen. Dieser Tatbestand stellt eines der wichtigsten Kennzeichen der aktuellen Arbeiterbewegung dar. So besteht der Unterschied zu globalen Erfahrungen und unseren Erfahrungen zwischen 1960 und 1980 darin, dass wir es heute mit einer Bewegung zu tun haben, die nur sehr marginale linke politische Kennzeichen trägt. Dies beeinträchtigt die Fähigkeit, als Klasse zu handeln, enorm und muss auf alle Fälle überwunden werden.

STREIKWELLEN IN DER AUTOMOBILINDUSTRIE

Die Rebellion der Metallarbeiter verfügt über eine globale Dimension. Beverly Silver erörtert in ihrem Hauptwerk, wie in den USA der 1930er-Jahre eine militante Bewegung der Automobilarbeiter entstand, die sich 1960 über Europa ausdehnte, in den 70er und 80er-Jahren Anschluss in Brasilien fand und sogar nach Südafrika und Südkorea übersprang [4]. Überall, so Silver, provozierten militante Arbeiterbewegungen ähnliche Reaktionen des Kapitals – und dies sei einer der Gründe für die Verlagerung von Produktionsstätten in der Automobilindustrie. Die Widerstandswelle der Automobilarbeiter begünstigte die Bildung autonomer Gewerkschaften, diskreditierte „verantwortungsbewusstes“ gewerkschaftliches Handeln im Sinne der Unternehmen und hat sogar eine beschleunigende Wirkung auf den Übergang zur Demokratie (in Brasilien) und die Befreiung von der Apartheid (in Südafrika) entfaltet.

Für die Türkei kann gesagt werden, dass sich die militante Bewegung der Automobilarbeiter in den

1970ern unter der Führung von Maden-İş (Gewerkschaft für Bergbau) entwickelte, durch den Putsch von 1980 unterbrochen wurde, 1998 dann mit der Rebellion der ArbeiterInnen gegen ihre unternehmernahe Gewerkschaft Türk-Metal erneut Fahrt aufnahm und schließlich, mit Höhen und Tiefen, ihre heutige Form angenommen hat. Nun ist es auch möglich, die heutige Rebellion im Rahmen der anhaltenden globalen ökonomischen Krise als absehbares Resultat der Strategie der Automobilkonzerne anzusehen, die ihre über den gesamten Globus verteilten Standorte in Konkurrenz zueinander setzen, um die Produktionskosten zu senken. Während Silver die nächste Widerstandswelle für China und Mexiko erwartete, kristallisierte sie sich de facto in der Türkei heraus. Die Erklärung von Renault, den Standort zu verlagern, wenn der Streik anhält, ist ein Zeichen dafür, dass die Manager die Widerstände, wie auch schon bei vergangenen Widerstandswellen, mit Standortverlagerungen kontern möchten. Kurzum: Historisch und global betrachtet gibt es einige auffällige Ähnlichkeiten.

KRISTALLISATIONSPUNKTE VON ARBEITSKÄMPFEN

Der erste, in den letzten Jahren besonders aktive Strang der Arbeiterbewegung in der Türkei bestand aus Beschäftigten staatlicher Betriebe, die von Privatisierungen betroffen waren und sich gegen deren Folgen zur Wehr setzten. Der Widerstand bei Tekel (dem privatisierten Monopolunternehmen für Alkohol und Zigaretten) und der langjährige Widerstand der ArbeiterInnen gegen die Privatisierung des Kohlekraftwerkes in Yatağan (Ägäis) gehören zu den herausragenden Arbeitskämpfen in diesem Sektor. Der Widerstand wurde hauptsächlich getragen von ArbeiterInnen staatlicher Unternehmen, deren relativ privilegierter, weil mit umfassenden Sicherheiten und Rechten ausgestatteter Status sich insgesamt in Auflösung befand. Obgleich diese Kämpfe auch auf starke Initiativen an der Basis zurückgingen, wurden sie maßgeblich von etablierten Gewerkschaften gelenkt. Sie waren Beispiele dafür, wie eine Radikalisierung sich in disziplinierter Form in gewerkschaftlichen Kanälen bewegt – und sie waren eine letzte und daher radikale Antwort auf den langen Privatisierungsprozess. Zwar motivierten diese Kämpfe die Arbeiterbewegung und die gesellschaftliche Opposition und bereicherten sie mit ihrer Widerstandskultur, doch blieb der inspirierende Effekt aufgrund des sich insgesamt in Auflösung befindlichen Status dieser ArbeiterInnen begrenzt.

Der zweite Strang besteht allgemein formuliert aus ArbeiterInnen, die wir als Prekarierte bezeichnen würden: TagelöhnerInnen, LeiharbeiterInnen, flexibilisierte ArbeiterInnen in fordistischen, paternalistisch geführten Fabriken überwiegend in ruralen Regionen. Den Streik beziehungsweise den Widerstand der LeiharbeiterInnen im Energie- und Gesundheitssektor, die Massenarbeitsniederlegung der Textil- oder Ziegeleibesetzten in Gaziantep und Diyarbakır oder die spontanen und kurzlebigen Widerstände der Bauarbeiter kann man hierunter zählen. In diesem sehr heterogenen und dynamischen Bereich, in dem sich auch einige politische AktivistInnen engagieren, wird sich sicherlich noch viel tun, möglicherweise bildet sich hier etwas, aus dem in Zukunft eine stärkere Organisation erwächst.

Die Metallarbeiter haben heute einen dritten Weg geebnet. Dieser in letzter Zeit vergleichsweise statische, bewegungslose Part der Arbeiterklasse ist mit der jetzigen Rebellion zu einer motivierenden, antreibenden Kraft geworden. Die Bewegung der Automobilarbeiter, die den typischen fordistischen Arbeiter und gewerkschaftlichen Prototyp des 20. Jahrhunderts darstellen, zeigt, dass auch aus hoffnungslos erscheinenden Fällen unerwartet eine Dynamik entstehen kann. Trotz ihrer vergleichsweise guten Bezahlung aber konfrontiert mit sinkenden Reallöhnen, mit einer außergewöhnlichen Arbeitsverdichtung und einer Gewerkschaft, die zum Kontrollorgan verkommen ist, haben sie sich erhoben und eine Dynamik hervorgebracht, die die zentralen Anliegen der gesamten Arbeiterklasse umfasst.

Für den ersten Strang war der primäre Ansprechpartner die Regierung. Für den zweiten Strang, die Prekären, besteht der Kampf oft schon darin, ein verantwortliches Gegenüber ausfindig zu machen, und/oder dieses Gegenüber an einen Verhandlungstisch zu bringen. Für den dritten Strang der Arbeiterbewegung, die Metallarbeiter, ist der erste Ansprechpartner die Gewerkschaft. Hier zeigt sich nun ein wesentliches Problem aktueller Arbeitsbeziehungen in der Türkei: Die überkommenen gewerkschaftlichen Formen müssen überwunden werden, damit die Arbeiterbewegung in der Türkei an Fahrt gewinnen kann.

REFORMIERUNG DER ARBEITERBEWEGUNG

Die von den Metallarbeitern gegründeten Räte sind beachtenswert und stellen einen historischen Ge-

winn dar. Antonio Gramsci unterstrich, dass die Räte die Gesetzeskonformität im industriellen Bereich zurückweisen, und in unserem Fall passiert genau das. Wiederum nach Gramsci repräsentieren die Gewerkschaften eben jene Konformität und versuchen, ihre Mitglieder an die Gesetze zu binden. Denn die Gewerkschaften müssen sich gegenüber dem Arbeitgeber verantworten. An dieser Stelle entwickelte Gramsci einen kritischen Vorschlag im Hinblick auf das Verhältnis zwischen diesen beiden organisatorischen Modellen, der darauf zielt, den spontan gewachsenen Räten die Permanenz von Gewerkschaften zu geben und den Bürokratismus der Gewerkschaften aufzuheben:

„Die Beziehungen zwischen den beiden Institutionen müssen so organisiert werden, dass die Arbeiterklasse durch die spontanen Impulse der Räte nicht zurückgeworfen wird oder eine Niederlage erfährt. Mit anderen Worten, die Räte müssen die Disziplin der Gewerkschaft verinnerlichen. Die revolutionäre Identität des Rates muss so konzipiert werden, dass er gegenüber der Gewerkschaft einen starken Einfluss hat und die Bürokratie und den Bürokratismus der Gewerkschaft aufhebt.“

Vor dem Hintergrund dieses Vorschlags von Gramsci haben wir die Einschätzung, dass die Metallarbeiter ihre bestehenden Räte stärken, auf eine gewerkschaftliche Organisierung jedoch nicht verzichten sollten. Doch das läuft auf ein Verständnis von Gewerkschaft hinaus, das die Arbeiter nicht auf Mitglieder reduziert und nicht die Auflösung der Arbeiterräte vorantreibt. Die entschiedene und mutige Rebellion der Metallarbeiter hat grundlegende Erfahrungen für eine energische Organisierung an der Basis ermöglicht. Ein gewerkschaftliches Verständnis, das diese Erfahrungen produktiv weiterführt, gilt es zu entwickeln.

So müssen für eine aufstrebende Arbeiterbewegung drei Hauptsäulen gebildet werden: Eine gut funktionierende, partizipative gewerkschaftliche Struktur; Räte, die eine starke Initiative an der Basis ermöglichen; und im Hintergrund eine linksorientierte Politik, die die hegemonialen Kapazitäten der Arbeiterklasse erhöht. Wie sagte Etienne Balibar einst: „Es wird immer eine Zeit für die Arbeiterbewegung kommen, in der sie sich gegen die bestehenden Organisierungsformen und –praktiken neu formieren muss“ [5]. Die Arbeiterbewegung in der Türkei erlebt genau diesen Moment. Es ist an der

Zeit, die Solidarität, die Ideen und die Erfahrungen zu vervielfältigen. ■■■

[1] Am 12. September 1980 putschte das Militär und verhängte das Kriegsrecht in der Türkei. Ende 1982 wurde eine von der Junta vorgelegte Verfassung per Volksabstimmung angenommen, die bis heute gültig ist (d. Red.).

[2] Gamze Yücesan-Özdemir (2000): „Direniş, Onay ya da Boyun Eğme? Hegemonik Fabrika Rejiminde Mavi Yakalı İşçilerin Hikayesi“ (Widerstand, Zustimmung oder Unterwerfung? Geschichte der Industriearbeiter im Hegemonialen Fabrikregime), *Toplum ve Bilim*, Nr. 86, S. 241-260.

Theo Nichols & Nadir Suğur (2004): „Global Management, Local Labour: Turkish Workers and Modern Industry“. Palgrave Macmillan.

[3] Der Keim für die heutige Rebellion wurde vor einigen Jahren ebenfalls in Bursa gelegt. Die Arbeiter der Firma Bosch, die Mitglieder in der Gewerkschaft Türk-Metal waren, kündigten ihre Mitgliedschaft und traten der Vereinten Metallarbeitersgewerkschaft (BMİS) bei. Diese erste militante Massenbewegung wurde von der Türk-Metal aufs Härteste bekämpft. Die ArbeiterInnen wurden zudem vom Ministerium für Arbeit und den Arbeitgebern unter Druck gesetzt, einigen wurde gekündigt und die Übriggebliebenen mussten zu Türk-Metal zurückkehren. Doch diese Bewegung hatte auch zur Folge, dass Türk-Metal einen neuen Tarifvertrag vereinbaren musste, um nicht einen Großteil der Arbeiter zu verlieren.

[4] Beverly Silver (2003): „Forces of Labor: Workers' Movements and Globalization Since 1870“. Cambridge University Press.

[5] Etienne Balibar & Immanuel Wallerstein (1990): „Rasse, Klasse, Nation: Ambivalente Identitäten“. Argument Hamburg.

Hakan Koçak arbeitet an der Universität Kocaeli, Fachbereich Arbeitsbeziehungen, und ist ehemaliger Mitarbeiter der Gewerkschaft Petrol-İş.

Übersetzung von Fitnat Tezerdi und Errol Babacan

DIE TÜRKEI NACH DEN WAHLEN – POLITISCHER AUTORITARISMUS UND KAPITALISTISCHE DYNAMIKEN

VON ERROL BABACAN

Die seit dreizehn Jahren regierende Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung AKP hat ihre primären Wahlziele verfehlt. Eine Mehrheit für das Projekt Präsidialsystem ist nicht zustande gekommen. Selbst für eine Regierungsbildung reichen die erzielten 40,9 Prozent nicht. Die parlamentarische 10-Prozent-Hürde konnte diesmal nicht verhindern, dass neben der Republikanischen Volkspartei CHP (25 Prozent) und der Nationalistischen Bewegungspartei MHP (16,3 Prozent) auch die Demokratische Partei der Völker HDP (13,1 Prozent) ins Parlament einziehen wird. Nahezu alle Mandate aus der kurdischen Region gingen an die HDP. Sie fehlen der AKP. Indes steht vorbehaltlich von Neuwahlen eine Koalitionsbildung an, die eine weitere Beteiligung der AKP an der Regierung verspricht.

Nach der Wahl kommen nun vermehrt Analysen auf, die die autoritäre Entwicklung mit persönlichen Ambitionen des Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan erklären. Infolge des von ihm vorangetriebenen Präsidialsystems wurde eine Ein-Mann-Diktatur befürchtet. Das vorläufige Scheitern und die mögliche Zurückdrängung dieser Ambitionen gelten bereits als eine Wende. Diese Erwartung blendet aus, dass der politische Autoritarismus eine Wurzel in der kapitalistischen Akkumulation hat, deren Dynamik über den Präsidenten, die AKP und die Türkei hinaus wirkt. Die etablierten Parteien versprechen eine Kontinuität dieser Dynamik. Ob die HDP, oftmals als linkes Bewegungsbündnis in einem Atemzug mit Syriza genannt, einen Schritt zur Unterbrechung dieser Dynamik darstellen kann, steht zu befragen.

HEGEMONIE, KEINE DEMOKRATIE

Das Modell Präsidialsystem ist auch innerhalb der AKP umstritten. Der Entwurf aus dem Jahr 2012 sieht vor, das Präsidentenamt zu einem exekutiven Machtzentrum auszubauen, das mit Sonderbefugnissen wie der Auflösung des Parlaments, der Ernennung von Ministern und dem Erlass von Dekreten ausgestattet ist. Der Präsident stünde über dem Parlament und der Regierung. Die formale Gewaltenteilung wäre erheblich eingeschränkt. Staatspräsident Erdoğan rührte auf seiner Wahlkampf-

tour - unter Verletzung der verfassungsrechtlich festgeschriebenen Neutralität seines Amtes - die Werbetrommel für das System. Andere Führungsfiguren der Partei zeigten sich weniger begeistert und beeilten sich, das Modell unmittelbar nach den Wahlen für gescheitert zu erklären.

Personalisierende Erklärungsansätze sehen den Antrieb für dieses Projekt in Erdoğan selbst, dem die Macht zu Kopf gestiegen sei und der nach der totalen Herrschaft greife. Weitergehend wird angeführt, dass er sich gegen Korruptionsvorwürfe abzusichern und den ihm drohenden tiefen Fall durch weitere Machtanhäufung abzuwenden versuche. Der mediale Zuschnitt von Politik auf Personen beziehungsweise Führungstypen befördert die Popularität solcher Erklärungen. Sie warten mit einfachen Lösungen auf, indem sie nach neuen, charakterfesteren Typen rufen, die nicht korrumpierbar sind. Der vormalige Präsident Abdullah Gül, langjähriger Weggefährte Erdoğan's, gilt als ein solcher Typ, nach dem jetzt im In- und Ausland gerufen wird.

Sicherlich hat Erdoğan Korruptionsermittlungen zu befürchten. Möglicherweise ist er machtrunken. Doch lassen sich die Probleme in der Türkei wirklich damit erklären? Ein Rückblick auf die Aktivitäten der AKP und der inzwischen von ihr abgefallenen Verbündeten spricht dagegen. Zunächst gilt zu bemerken, dass etliche der heutigen Rufer nach Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit diese Sorge nicht teilten, als die halbe Militärführung mit offenkundig fingierten Beweisen durch eine von der AKP politisch gelenkte Justiz unter Putschverdacht gestellt wurde. Getragen von der Überzeugung, der Autoritarismus könne nur vom Militär ausgehen, wurde geschwiegen, als die Regierung oppositionelle Regungen auf der Straße und in den Betrieben repressiv bekämpfte und nahezu den gesamte Aktivenkreis der kurdischen Bewegung inhaftieren ließ.

Als die AKP-Regierung 2011 über sechs Monate die parlamentarische Kontrolle umging und per Dekret regierte, erfolgte ebenfalls kein Aufschrei [1]. Während die wenigen kritischen Stimmen aus dem

linken Spektrum damals ungehört verhalten, war weder aus dem liberalen Spektrum noch seitens der sich heute besorgten EU und USA sowie der internationalen Investoren Kritik zu hören. Dass diese nun auf Abdullah Gül setzen, legt abermals ihren Horizont offen. In seiner Rolle als Staatspräsident unterzeichnete Gül jedes antidemokratische Dekret ohne Widerspruch. Vollkommen eigeninitiativ hat er die autoritären Vollmachten seines Amtes ausgeschöpft, beispielsweise bei der Ernennung von Rektoren seiner Wahl gegen die Mehrheitsvoten an den jeweiligen Universitäten.

Nicht zu vergessen ist die Rolle der heute mit der AKP über Kreuz liegenden Gülen-Bewegung, die sich jetzt als Hort demokratischer Opposition präsentiert [2]. Damals hatte sie die repressiven Kampagnen angeleitet, während ihr geistliches Aushängeschild Fethullah Gülen aus seinem US-amerikanischen Domizil physische Vernichtungsdrohungen gegen die kurdische Bewegung verlautbarte.

Die politische Verantwortung für die autoritären Maßnahmen, für die kein Präsidialsystem notwendig war, trägt die gesamte AKP inklusive des Bündnisses, von dem sie getragen wurde. Die Antriebskräfte liegen jedoch tiefer. Eine Verengung der Thematik auf die politische Bühne blendet strukturelle Probleme aus. Sie blendet aus, dass der Autoritarismus der Generäle, den die AKP beenden sollte, keinem Selbstzweck folgte, sondern der Absicherung der neoliberalen Transformation gegen sozialen Widerstand diente. Die AKP stellte sich von Beginn an in diese Kontinuität. Sie blendet aus, dass die durch eine landesweite Protestwelle verhinderte Bebauung des Gezi-Parks vor allem eine Kapitalanlage von Unternehmen darstellte, die mit dem geplanten Einkaufszentrum und den Hotels Profite erwirtschaften wollten. Dass Erdoğan den Eindruck einer persönlichen Marotte erweckte, indem er den Bau in Gestalt einer osmanischen Kaserne zu seinem eigenen Projekt erklärte, macht ihn nicht zum hauptsächlichen Profiteur.

Völlig übersehen wird bei der Verengung des Blicks auf Personen das Anfang des Jahres verhängte Streikverbot in der Metallindustrie, der große europäische und amerikanische Konzerne wie Renault und Ford zusammen mit ihren türkischen Partnern angehören. Die Unternehmer haben kein Problem mit autoritären Maßnahmen, wenn Arbeiter sich

organisieren und ihr Streikrecht nutzen. Die Häufung von Arbeitsunfällen nehmen sie ebenso in Kauf wie sie die Privatisierung von Gewässern fordern. Sie suchen nach Investitionsmöglichkeiten, zu denen die Betonierung von Parks, der Bau von Flughäfen, Staudämmen oder Kraftwerken gehört [3].

Die Regierung ermöglicht diese Investitionen. Den sozialen Widerstand hat sie lange Zeit erfolgreich klein gehalten. Erdoğan's besondere Leistung bestand darin, dass er Kritik auf sich gelenkt und auf diese Weise auch noch die eigene Anhängerschaft mobilisiert hat. Die Fokussierung seines Handelns oder allein das der AKP ohne Thematisierung der ökonomischen Hintergründe verdeckt die kapitalistische Ausbeutung und Landnahme und reproduziert somit die Hegemonie der Unternehmer.

KAPITALISTISCHE KONKURRENZ

In der Opposition zum Präsidialsystem fällt der Widerstand eines gewichtigen Teils der Unternehmer mit einer weit breiteren gesellschaftlichen Opposition zusammen. Mit der Verteidigung des bestehenden parlamentarischen Systems soll die Möglichkeit, durch Wahlen andere Mehrheiten zu erwirken und einen Politikwechsel zu erreichen, offen gehalten werden. Das Präsidialsystem lässt dagegen eine exklusive Vertretung von Interessen zu und das Arrangement mit dem „großen Boss“, wie es in einem abgehörten Telefonat zwischen einem Bauinvestor und einem AKP-Politiker über Erdoğan hieß, wird wichtiger. Eine parlamentarische Demokratie hält mehrere Türen offen.

Sicherlich stehen nach den Wahlen alle Seiten vor der Frage, ob der Staatspräsident Erdoğan sich mit repräsentativen Aufgaben bescheiden wird. Im Laufe seiner knapp einjährigen Amtszeit hat er ein zweites Machtzentrum in Konkurrenz zur Regierung aufgebaut, für das er um Unterstützung warb. Diese fand er bei Verbänden der mittleren und kleinen Betriebe, die sich mehrheitlich für das Präsidialsystem aussprachen. Erdoğan verspricht ihnen politische Protektion, die sie in Konkurrenz zu den international etablierten Monopolen benötigen. Der Unternehmerverband TÜSIAD, der diese Monopole organisiert, denen auch die türkisch-amerikanisch/europäischen Gemeinschaftsunternehmen angehören, stellte sich gegen das Präsidialsystem. Die Mitgliedsunternehmen von TÜSIAD tätigen nach eigenen Angaben 80 Prozent des Exports und

65 Prozent der industriellen Produktion. Sie haben das internationale Kapital auf ihrer Seite und können in der ökonomischen Konkurrenz durch schiefe Größe auftrumpfen.

Wird die Auseinandersetzung um das Präsidialsystem und die Gewaltenteilung im Lichte dieser Positionen betrachtet, lässt sich erschließen, dass Kämpfe unter den Unternehmen ausgetragen werden, bei denen es um die politische Form der Organisation kapitalistischer Konkurrenz geht. Die Differenzen innerhalb der AKP zwischen einem Erdoğan-Lager und einem zweiten Lager, das sich um Abdullah Gül zu bilden versucht, können vor diesem Hintergrund darauf zurückgeführt werden, dass alle Verbände auf die Partei einwirken und dort nach Verbündeten suchen. Jedenfalls sorgte die unter Erdoğan's Präsidentschaft entstandene Doppelstruktur für Kompetenzgerangel. Das Wahlergebnis gibt die Richtung der Auflösung dieses Gerangels vor.

STOCKENDE AKKUMULATION

In einem größeren Zusammenhang steht die Frage, in welche Richtung die Stagnation in der Kapitalakkumulation, die sich in niedrigen Wachstumszahlen ausdrückt, aufgelöst werden kann. Der relative ökonomische Erfolg der AKP in ihren ersten 10 Jahren hing mit einer sehr günstigen globalen Konjunktur zusammen [4]. Kontinuierlicher Zufluss ausländischen Kapitals und eine steigende globale Nachfrage ermöglichten gemeinsam mit einem stabilen Wechselkurs ein hohes Maß an Investitionen, zu denen die Privatisierung öffentlicher Unternehmen, von Infrastruktur und Ressourcen gehört. Durch die Aufnahme von Privatkrediten boomte die inländische Nachfrage. Die Kehrseite ist ein hoher Schuldenstand der Unternehmen und Privathaushalte, der seit zwei Jahren mit einer starken Abwertung der türkischen Lira zusammenfällt [5].

Für die in ausländischer Währung verschuldeten Unternehmen, die den inländischen Markt bedienen, bedeutet dies, dass sie höhere Gewinne erzielen müssen, um ihre Schulden zu begleichen. Ohne weitere Schuldenaufnahme der Privathaushalte erscheint dies nicht möglich. Erschwerend kommt hinzu, dass die industrielle Produktion maßgeblich auf den Input von Zwischengütern und Rohstoffen aus dem Ausland angewiesen ist. Mit der Abwertung der Lira drückt diese Abhängigkeit verstärkt auf die Bilanzen vieler Unternehmen. Die Stagna-

tion in der globalen Nachfrage weitet diesen Druck auf die exportorientierten Sektoren aus. Sicher ist, dass sich das Ungleichgewicht nicht ewig weiterführen lässt, so dass mit einer Schuldenkrise und einer Pleitewelle zu rechnen ist.

WO STEHT DIE HDP?

Die Ansprüche und der Einfluss der Unternehmerverbände sind gewaltig und es wäre naiv, die politische Entwicklung nicht unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten. So üben die Verbände Druck aus, eine stabile Regierung zu bilden, die neue Wachstumsimpulse setzt. Es stellt sich daher allen Parteien die Frage, wie sie zu diesen Ansprüchen stehen, dem enormen Verwertungsdruck und den Verbindlichkeiten begegnen wollen.

Die sozialen Standpunkte der AKP, der MHP und der CHP sind eindeutig. Zwar stehen sie in Assoziation mit unterschiedlichen Kapitalfraktionen, ihre Offenheit für soziale Kompromisse mit anderen Segmenten der Bevölkerung ist unterschiedlich ausgeprägt, die kulturellen Präferenzen weichen voneinander ab. Grundsätzlich formulieren sie jedoch alle Gestaltungsvorstellungen, die den Ansprüchen der Unternehmen folgen.

Die CHP ist stärker in den Küstenstreifen, die MHP in Mittel- und Westanatolien. Die AKP war dagegen überall stark, bis ihr die HDP in Ostanatolien die Stimmen abnahm [6]. Der gegen Erdoğan gerichtete Kampagnenslogan der HDP „Seni Başkan Yaptırmayacağız“ (sinngemäß: „Du wirst kein Chef“) traf den oppositionellen Nerv der Zeit und gewann aus unterschiedlichen Lagern Sympathien. Der Slogan wirkte wie ein Versprechen und damit der Skepsis entgegen, die kurdische Bewegung – tonangebend in der HDP – könnte einen Deal mit dem Erdoğan-Lager eingehen. Da der Weg zur Verhinderung des Präsidialsystems über den Einzug der HDP ins Parlament verlief, waren sogar aus der CHP und aus TÜSIAD sympathisierende Stimmen zu vernehmen.

Jenseits wahltaktischer Sympathien ist die 2013 gegründete HDP zu einem Bezugspunkt linker Bewegungen geworden, die mit einer Niederlage der AKP die Hoffnung verbanden, dass die Einschränkung von Bürgerrechten gestoppt und das islamisch-konservative Korsett gelockert werden könnte. Vorausgegangen war eine Skepsis gegenüber der kurdischen Bewegung. Vor weniger als

zwei Jahren hatte die Bewegung sich von den linken Bewegungen entfernt und in Verhandlungen mit der Regierung aufgeschlossen gegenüber einem Präsidialsystem gezeigt, von dem sie sich im Gegenzug Autonomierechte erhoffte. Die Gezi-Proteste wurden reflexartig als Verschwörung gegen die Verhandlungen interpretiert.

Zu dieser Zeit herrschte in der kurdischen Bewegung allerdings die Überzeugung vor, unverzichtbarer Schlüssel des regionalen Machtanspruchs der AKP-Regierung zu sein. Erst der Aufstieg des militanten Islamismus im Irak und in Syrien bereitete diesen Träumen ein Ende. Als sich die Unterstützung der syrischen Opposition durch eine Allianz aus NATO-Staaten und arabischen Diktaturen in eine Unterstützung jihaddistischer Organisationen verwandelte und gegen die kurdische Bevölkerung im Irak und in Syrien zu richten begann, kippten die Verhandlungen der kurdischen Bewegung mit der AKP. Alarmiert durch den militanten Islamismus und enttäuscht von der nachhaltig feindlichen Haltung der AKP, die bei den jüngsten Wahlen anders als zuvor auch keine kulturellen Zugeständnisse in Aussicht stellte, wandte sich die kurdische Bevölkerung beispiellos geschlossen der HDP zu.

Die kurdische Bewegung, die tendenziell ein links-liberales und säkulares Programm verfolgt, nutzte diese Chance, indem sie die Partei noch stärker in ein populistisches Wahlbündnis verwandelte. Kurdisch-islamistische Intellektuelle mit einem ausgeprägten Konservatismus wurden auf aussichtsreichen Listenplätzen aufgestellt, externe Politiker wie der ehemalige CHP-Bürgermeister aus der Wirtschaftsmetropole Gaziantep und ein prominentes AKP-Mitglied integriert. Die Strategie zahlte sich durch enorme Stimmenzugewinne aus. Die HDP erzielte in 12 Provinzen mehr als 55% der Stimmen und steigerte in vielen anderen Provinzen ihren Stimmenanteil. Insbesondere in den westlichen Großstädten verbuchte sie außerordentlichen Zuspruch, nach Umfragen überwiegend von den kurdischen BinnenmigrantInnen.

Die HDP repräsentiert nun einerseits die kurdische Bevölkerung mit ihren widersprüchlichen Segmenten. Die Integration konservativer Intellektueller stellt eine bewusste Entscheidung zur nationalen Blockbildung dar. Andererseits führt sie diesen Block mit VertreterInnen aus dem grün-liberalen, geschlechter- und friedenspolitischen, sozial-öko-

logischen und alevitischen Bewegungsspektrum sowie mit weiteren kulturell subalternen Bevölkerungsgruppen zusammen. So versammelt die Partei einen großen Teil des oppositionellen Bewegungspotentials, verleiht diesem eine parlamentarische Sichtbarkeit und einen neuen Handlungsspielraum. Die Gegnerschaft zur AKP, die subalterne Position der kurdischen Ethnie und der Auftrieb durch den politischen Umbruch im syrisch-kurdischen Rojava ermöglichten, widersprüchliche Positionen unter einen Hut zu bringen. Zusammengenommen machen sie es jedoch unmöglich, die HDP als eindeutig linkes Bewegungsbündnis zu fassen. Die Prioritäten sind durch die Breite des Bündnisses eher verschwommener als deutlicher geworden.

Wohin diese Breite führen kann, zeigte sich in der vergangenen Wahlperiode, als zwei Abgeordnete der Partei für Frieden und Demokratie BDP, Vorgängerin der HDP, „aus Rücksicht auf die religiösen Gefühle des Volkes“ für die islamisch-konservative Schulreform der AKP stimmten. Andere Abgeordnete der BDP lehnten die Reform ab, weil sie keine Zugeständnisse an die kurdische Bevölkerung enthielt. Der soziale Inhalt der Reform interessierte dagegen kaum [7]. Dieser bestand darin, das Alter für den Eintritt in den Arbeitsmarkt und für die arbeitsteilige Trennung in Kopf- und Handarbeit zu senken. Der Protest auf der Straße reichte nicht aus, die BDP, die auch damals schon linke Abgeordnete integriert hatte, zu einer geschlossenen sozialkritischen Haltung zu bewegen.

Der historisch-spezifische Bündnischarakter drückt sich schließlich darin aus, dass die Partei jenseits individueller Initiativen über keine gemeinsame beziehungsweise strategische Perspektive verfügt, wie eine linke Alternative aufgebaut werden soll, die eine Unterbrechung des kapitalistischen Akkumulationsprozesses beinhaltet. Das schwächste Glied in der strategischen Kette bildet die Frage der materiellen gesellschaftlichen Reproduktion. Sie ist ein vernachlässigter Nebenschauplatz des mit „radikaler Demokratie“ etikettierten Populismus.

In den inzwischen seit mehr als einer Dekade von der kurdischen Bewegung (mit-)regierten Städten haben sich die kapitalistischen Formen gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion durchgesetzt. Der libertär-kommunistische Anspruch bleibt auf dem Papier und selbst die ansatzweise Förderung

kleinteiliger und kooperativer Produktion wird gegen den Widerstand des Kleinhandels nicht durchgesetzt. Indes zeigt die Bezugslosigkeit gegenüber den jüngsten Streiks in den Fabriken im Westen der Türkei ein weiteres Mal die Distanz zwischen Kämpfen der ArbeiterInnen und den vorhandenen gewerkschaftlichen wie politischen Organisationen auf, die auch von der HDP bisher nicht überbrückt werden konnte [8].

Die entstehungsgeschichtliche Verwurzelung der kurdischen Befreiungsbewegung in der unterdrückten Bauernschaft und einer globalen sozialistischen Konjunktur sorgen auch heute noch dafür, dass das Unternehmertum in Kurdistan sich mäßigen und anbieten muss. Bleiben der Libertinismus und die ethnische Befreiung jedoch ohne eine Perspektive sozialer und ökonomischer Gleichheit, verwandeln sie sich in das Versprechen auf individuelle Bewegungsfreiheiten und Nationalismus und werden zur Chance für eine unternehmerische Perspektive, auch in Kurdistan zur unumstrittenen Orientierung zu werden. Die zwischenzeitliche Sympathie für ein Präsidialsystem und Integration in regionalpolitische Pläne der AKP, die Passivität in der Umsetzung des Kommunalismus gegenüber der kommunalen Realpolitik reihen sich in diese Aussicht ein.

AUSBLICK

Der politische Autoritarismus ist in der kapitalistischen Akkumulation verwurzelt, die sich in Form von Privatisierungen, Großprojekten und Eroberungsdrang ausländischer Märkte und Ressourcen zeigt. Mit ihnen geht die Repression gegenüber kollektiven Rechten und der Abbau sozialer Errungenschaften, der Raubbau an der Natur und Krieg einher. Der außerordentliche Irrtum der Liberalen, die die AKP für eine demokratische Partei gehalten und über eine lange Dekade gegen jede Kritik blind verteidigt haben, liegt auch in ihrer Ignoranz gegenüber diesem Zusammenhang begründet. Die jetzt betriebene Engführung auf Erdoğan und die politische Bühne beharrt auf diesem Irrtum.

Nach den Wahlen besteht das kollektive Ziel der Unternehmerverbände in einer politischen Formel, die ökonomische Wachstumsimpulse setzt und einen Ausweg aus der stagnierenden Akkumulation findet. Zur Stärkung einer sozial-ökologischen und friedenspolitischen Orientierung bedarf es einer entgegengesetzten Strategie, die die demokratische

Opposition zum politischen Autoritarismus mit einer Alternative zur dominanten Form der materiellen gesellschaftlichen Reproduktion verbindet. ■

[1] <http://www.infobrief-tuerkei.blogspot.de/2012/01/ermachtigungsgesetz-und-regieren-per.html>

[2] http://www.jadaliyya.com/pages/index/12673/gulenism_the-middle-way-or-official-ideology

[3] http://www.infobrief-tuerkei.blogspot.de/2015/02/verteidigung-der-walder-und-der-stadte_27.html

[4] http://tr.boell.org/sites/default/files/perspectives_5_toplu_eng.pdf

[5] <http://mustafasonmez.net/?p=4930>

[6] https://de.wikipedia.org/wiki/Parlamentswahl_in_der_Türkei_2015#/media/File:Parlamentswahl_in_der_T%C3%BCrkei_2015.svg

[7] http://www.akweb.de/ak_s/ak571/18.htm

[8] <http://www.neues-deutschland.de/artikel/971863.beschaeftigte-gegen-ihre-gewerkschaft.html>